

Kevin Kobold

ist seit 2012 im Team des Bundeswahlleiters tätig. Einer seiner Schwerpunkte ist die Bereitstellung von wahlstatistischen Daten aus bundesweiten Wahlen.



Dr. Sven Schmiedel

ist Diplom-Statistiker und Master of Epidemiology und arbeitet seit 2011 im Statistischen Bundesamt im Referat „Mathematisch statistische-Verfahren für Preise, Verdienste, Dienstleistungen“. Er befasst sich insbesondere mit stichprobenmethodischen Fragestellungen.

WAHLVERHALTEN BEI DER BUNDESTAGSWAHL 2017 NACH GESCHLECHT UND ALTER

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik

Kevin Kobold, Dr. Sven Schmiedel

📌 **Schlüsselwörter:** Repräsentative Wahlstatistik – Wahlverhalten – Wahlbeteiligung – Stimmabgabe – Zweitstimme

ZUSAMMENFASSUNG

Zur Bundestagswahl 2017 wurde zum 16. Mal eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt, mit der sich das Wahlverhalten, das heißt die Wahlbeteiligung und Stimmabgabe, nach Geschlecht und Altersgruppen analysieren lässt. Die repräsentative Wahlstatistik stellt fest, in welchem Umfang sich die Wahlberechtigten beziehungsweise Wählerinnen und Wähler aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen an der Wahl beteiligt und wie sie gestimmt haben. Damit ermöglicht sie Rückschlüsse über das Wahlverhalten der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger und deren Beteiligung am demokratischen Staatsleben.

Der Beitrag stellt die gesetzlichen Grundlagen als Rahmenbedingung, die Methodik und ausgewählte Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2017 vor.

📌 **Keywords:** representative electoral statistics – voting behaviour – voter turnout – voting – second vote

ABSTRACT

On the occasion of the 2017 Bundestag election, representative electoral statistics were produced for the 16th time. Such data can be used to analyse the voting behaviour, which means voter turnout and votes cast, by sex and year of birth groups. Representative electoral statistics show the extent to which the electorate or voters from various population groups have participated in the election and for whom they have voted. They are indicative of the voting behaviour of the citizens entitled to vote and their participation in democratic life.

This paper presents the framework provided by legislation, the methodology and selected representative electoral statistics for the 2017 Bundestag election.

1

Einleitung

Die repräsentative Wahlstatistik ist eine Besonderheit im deutschen Wahlrecht und weltweit einmalig. Sie gehört zu den wichtigsten Datenquellen der empirischen Wahlforschung und wäre durch demoskopische Untersuchungen nicht zu ersetzen. Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik stützen sich auf die tatsächliche Wahlbeteiligung und Stimmabgabe. Im Gegensatz dazu beruhen die sogenannten Wählernachbefragungen von Wahlforschungsinstituten auf freiwilligen Angaben der Wählerinnen und Wähler. Die repräsentative Wahlstatistik wird in ausgewählten Wahlbezirken einerseits durch die Auszählung der Wählerverzeichnisse ermöglicht, andererseits durch amtliche Stimmzettel mit einem Unterscheidungsaufdruck (Geschlecht und Geburtsjahresgruppe).

Erstmals wurde die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag im Jahr 1953 durchgeführt. Obwohl es hierbei nie zu Verletzungen des Wahlgeheimnisses gekommen war, setzte der Gesetzgeber aufgrund geäußerter datenschutz- und wahlrechtlicher Bedenken die repräsentative Wahlstatistik für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 kurzfristig aus.

Auch bei Europawahlen erfolgt eine solche Wahlanalyse durch die repräsentative Wahlstatistik, Ergebnisse liegen seit der ersten Wahl im Jahr 1979 ohne Unterbrechung vor. Bei Landtagswahlen führen aktuell 13 Bundesländer vergleichbare Statistiken durch.

2

Rechtliche Grundlagen

Rechtsgrundlage für die Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik bei bundesweiten Wahlen ist das am 1. Juni 1999 in Kraft getretene Wahlstatistikgesetz¹.

¹ Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG) vom 21. Mai 1999 (BGBl. I Seite 1023), das zuletzt durch Artikel 1a des Gesetzes vom 27. April 2013 (BGBl. I Seite 962) geändert worden ist.

Zuvor war die wahlstatistische Analyse im Bundesbeziehungsweise Europawahlgesetz sowie in der Bundesbeziehungsweise Europawahlordnung verankert. Mit dem Wahlstatistikgesetz wurden die materiellen Anforderungen des Bundesstatistikgesetzes erfüllt sowie vorher schon praktizierte Maßnahmen zum Schutz der Wählerin und des Wählers – Wahlgeheimnis und Datenschutz müssen ausnahmslos gewahrt sein – gesetzlich festgelegt.

Für die repräsentative Wahlstatistik wird eine Stichprobe aus allen Wahlbezirken ausgewählt. Die Auswahl dieser Bezirke trifft der Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitungen und den Statistischen Ämtern der Länder. Es dürfen nicht mehr als jeweils 5 % aller Urnen- und Briefwahlbezirke im gesamten Bundesgebiet und nicht mehr als jeweils 10 % aller Urnen- und Briefwahlbezirke in einem Land in die Auswahl einbezogen werden. Dabei müssen die ausgewählten Urnenwahlbezirke mindestens 400 Wahlberechtigte umfassen und ausgewählte Briefwahlbezirke mindestens 400 Briefwählerinnen und Briefwähler bei der vorherigen Wahl umfasst haben.

Weitere Regelungen stellen das Wahlgeheimnis und den Datenschutz sicher: So weisen die amtlichen Stimmzettel aus einem repräsentativen Wahlbezirk gegenüber denen aus „normalen“ Wahlbezirken einen zusätzlichen Unterscheidungsaufdruck nach Geschlecht und Geburtsjahresgruppe auf. Hierbei sind höchstens sechs Geburtsjahresgruppen mit je mindestens sieben Geburtsjahrgängen zulässig. Bei der Feststellung der Wahlbeteiligung mit den Wählerverzeichnissen sind es höchstens zehn Geburtsjahresgruppen mit je mindestens drei Geburtsjahrgängen. Die Zusammenfassung von Wählerinnen und Wählern zu Geburtsjahresgruppen lässt Rückschlüsse auf die Stimmabgabe einer einzelnen Person nicht zu. [↪ Übersicht 1 auf Seite 144](#)

Des Weiteren sind bei der Auswertung die Wählerverzeichnisse und die Stimmzettel räumlich und organisatorisch zu trennen: Die Wählerverzeichnisse verbleiben bei den Gemeinden. Die Stimmzettel hingegen werden nach Ermittlung des amtlichen Wahlergebnisses durch die Wahlvorstände verpackt, versiegelt und zur Auszählung der Stimmabgaben an die jeweiligen Statistischen Ämter der Länder oder an die Statistikstellen der Gemeinden versandt – sofern diese eine eigene Statistikstelle gemäß §16 Absatz 5 Satz 2 Bundesstatistik-

Übersicht 1

Altersgruppen der repräsentativen Wahlstatistik bei der Bundestagswahl 2017

Wahlbeteiligung		Stimmabgabe	
Geburtsjahresgruppe	entspricht Alter von ... bis ... Jahre	Geburtsjahresgruppe	entspricht Alter von ... bis ... Jahre
1997 – 1999	18 – 20	1993 – 1999	18 – 24
1993 – 1996	21 – 24		
1988 – 1992	25 – 29	1983 – 1992	25 – 34
1983 – 1987	30 – 34		
1978 – 1982	35 – 39	1973 – 1982	35 – 44
1973 – 1977	40 – 44		
1968 – 1972	45 – 49	1958 – 1972	45 – 59
1958 – 1967	50 – 59		
1948 – 1957	60 – 69	1948 – 1957	60 – 69
1947 und früher	70 und mehr	1947 und früher	70 und mehr

gesetz² besitzen. Nach der Auszählung erhalten die Wahlämter der Gemeinden die Stimmzettel zur Verwahrung wieder zurück. Ferner dürfen Ergebnisse einzelner Stichprobenbezirke nicht veröffentlicht werden. Den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder obliegt eine Veröffentlichung der Ergebnisse nur auf Bundes- beziehungsweise Länderebene.

Seit Inkrafttreten des Wahlstatistikgesetzes hat der Gesetzgeber zwei Änderungen veranlasst: Durch den stetigen Anstieg der Anzahl der Briefwählerinnen und Briefwähler werden seit der Bundestagswahl 2002 auch die Stimmen aus den Briefwahlbezirken berücksichtigt. Zur Bundestagswahl 2013 wurde aufgrund der zunehmend alternden deutschen Bevölkerung bei der Analyse der Stimmabgaben die vormals älteste Altersgruppe „60 Jahre und mehr“ in „60 bis 69 Jahre“ und „70 Jahre und mehr“ geteilt. Zur Bundestagswahl 2017 hat es keine rechtlichen Änderungen gegeben.

² Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 2016 (BGBl. I Seite 2394), das zuletzt durch Artikel 10 Absatz 5 des Gesetzes vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I Seite 3618) geändert worden ist.

3

Methodik

Als Auswahlgrundlage für die Ziehung der Stichprobenwahlbezirke für die repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2017 diente die allgemeine Wahlbezirkstatistik zur Bundestagswahl 2013.

Die Auswahl erfolgte durch eine geschichtete Zufallsstichprobe. Die erste Schichtung war durch die Länder gegeben, welche die sogenannten Schichtgruppen bildeten. Innerhalb dieser Schichtgruppen wurden in einem zweiten Schritt mit einem mathematischen Verfahren der Clusteranalyse³ Gruppierungen (= Schichten) aller Wahlbezirke gebildet. Diese fassten getrennt nach Urnen- und Briefwahlbezirken ähnliche Bezirke nach den Wahlergebnissen 2013 zusammen. Das heißt es wurden in einem Land Wahlbezirke einer Schicht zugewiesen, in denen die Zweitstimmenverteilung für die Parteien CDU, SPD, DIE LINKE, GRÜNE, CSU, FDP und AfD möglichst ähnlich waren. Die Hinzunahme einer Schicht vergrößert den Anteil der durch die Schichtung erklärten Varianz, diese Zunahme nimmt jedoch mit jeder zusätzlichen Schicht immer weiter ab. Es wurden so lange Schichten hinzugefügt, bis der Anteil der zusätzlich erklärten Varianz zu klein wurde.

³ Angewendet wurde die k-means-Methode, die die Daten in k Gruppen teilt, sodass die Summe der quadrierten Abweichungen vom Cluster-schwerpunkt minimal ist.

Die Verteilung der Stichprobe (Allokation) zwischen den Ländern geschah proportional, die Allokation zwischen den Schichten stichprobenvarianzoptimal. Dieses Vorgehen wurde getrennt nach Brief- und Urnenwahlbezirken durchgeführt.

Jede Schicht bildete für sich eine eigene Auswahlgrundlage, aus der eine einfache Zufallsstichprobe gezogen wurde. Hierbei galt die Bedingung, dass nur Bezirke mit der oben beschriebenen Mindestgröße berücksichtigt werden durften und jede Schicht mit mindestens drei Wahlbezirken vertreten war. Damit wurde gegenüber einer einfachen Zufallsauswahl sichergestellt, dass möglichst alle Ergebniskonstellationen (zum Beispiel bedingt durch regionale Hochburgen einer Partei oder regionale demografische Strukturen) berücksichtigt waren und die Hochrechnung entsprechend präzise möglich war.

Die Vereinigung aller so erhaltenen Teilstichproben bildete dann die Stichprobe der Wahlbezirke für die repräsentative Wahlstatistik. Sofern ein Stichprobenwahlbezirk nicht mehr in einem ähnlichen Umfang abgegrenzt wurde wie bei der Bundestagswahl 2013 und/oder dieser nun weniger als 400 Wahlberechtigte beziehungs-

weise 400 Briefwählerinnen und Briefwähler abdeckte, wurde aus derselben Schicht ein Ersatzbezirk gezogen.

Aus den 73 522 Urnen- und 14 349 Briefwahlbezirken der Bundestagswahl 2013 wurden insgesamt 2 723 Wahlbezirke, darunter 469 Briefwahlbezirke, als repräsentative Wahlbezirke bestimmt. Damit waren 2,2 Millionen Wahlberechtigte in der Stichprobe, dies entsprach einem Anteil von 3,6% an allen Wahlberechtigten.

➤ Tabelle 1

Um die Ergebnisse zur repräsentativen Wahlstatistik zu erstellen, kam ein Kalibrierungsverfahren auf Basis einer Regressionschätzung zum Einsatz. Die Regressionschätzung hat den Charakter einer Hochrechnung mit Anpassung an „Eckwerte“ (gebundene Hochrechnung), nämlich hier das amtliche Endergebnis der Wahl. Das heißt es wurden die Hochrechnungsgewichte so kalibriert (GREG-Schätzung⁴), dass die Summe aller Ausprägungen eines Merkmals mit dem entsprechenden amtlichen Endergebnis übereinstimmte. Bei einer freien Hochrechnung wäre dies nicht gegeben.

Als Eckwerte dienten: Gesamtzahlen der Wahlberechtigten ohne und mit Wahrschein, Stimmvermerk in den Urnenwahlbezirken, Wählerinnen und Wähler ohne und mit Wahrschein, abgegebene ungültige sowie gültige Erst- und Zweitstimmen für die Parteien CDU, SPD, DIE LINKE, GRÜNE, CSU, FDP, AfD, FREIE WÄHLER, NPD und „sonstige Parteien“ in den Urnen- und Briefwahlbezirken je Land.

➤ Hinweis:

Wie bereits erläutert, werden für die repräsentative Wahlstatistik Geburtsjahresgruppen gebildet. Aus Gründen der besseren Verständlichkeit und zum Vergleich mit früheren Wahlen werden die Ergebnisse nach Altersgruppen dargestellt.

In diesem Beitrag sind relative Ergebnisse auf eine Dezimalstelle gerundet dargestellt. Bei Vergleichen wurden die Differenzen anhand der ungerundeten Ergebnisse berechnet. Beim Nachrechnen können daher die Differenzen um $\pm 0,1$ Prozentpunkte abweichen.

Tabelle 1

Stichprobenumfang der repräsentativen Wahlstatistik bei der Bundestagswahl 2017

	Wahlbezirke in der Stichprobe		Wahlberechtigte in der Stichprobe	
	Anzahl	%	1 000	%
Deutschland insgesamt	2 723	3,1	2 217,1	3,6
darunter Briefwahlbezirke	469	2,8	X	X
Schleswig-Holstein	100	3,6	88,0	3,9
Mecklenburg-Vorpommern	71	3,7	58,7	4,4
Hamburg	56	3,2	42,1	3,2
Niedersachsen	283	3,1	226,3	3,7
Bremen	32	6,1	19,5	4,1
Brandenburg	130	3,5	103,4	5,0
Sachsen-Anhalt	83	3,3	67,0	3,6
Berlin	92	3,8	85,6	3,4
Nordrhein-Westfalen	493	3,1	443,4	3,4
Sachsen	124	3,0	122,0	3,7
Hessen	197	3,1	171,6	3,9
Thüringen	102	3,4	80,6	4,6
Rheinland-Pfalz	167	3,3	132,5	4,3
Bayern	480	2,8	335,6	3,5
Baden-Württemberg	263	2,5	210,4	2,7
Saarland	50	4,4	30,4	3,9

4 GREG: „Generalized Regression“, siehe Deville, Jean-Claude/Särndal, Carl-Erik. *Calibration Estimators in Survey Sampling*. In: Journal of the American Statistical Association. Jahrgang 87. Band 418. Juni 1992, Seite 376 ff.

4

Ergebnisse

4.1 Wahlberechtigte

Gegenüber der Bundestagswahl 2013 sank die Anzahl der Wahlberechtigten um fast 260 000 auf rund 61,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Insgesamt waren Frauen gegenüber Männern in der Überzahl (31,9 Millionen gegenüber 29,8 Millionen), gleichzeitig trugen sie aber zur rückläufigen Entwicklung der Anzahl der Wahlberechtigten bei: Ihre Zahl sank verglichen mit der vorherigen Wahl um 0,7%, die der Männer um 0,2%.

Die Generation der 30- bis 59-Jährigen stellte bei dieser Wahl knapp die Hälfte der Wahlberechtigten (48,9%). Die Generation ab 60 Jahren umfasste mit fast 22,4 Millionen gut ein Drittel (36,3%) aller potenziellen Wählerinnen und Wähler und damit mehr als doppelt so viele wie die jüngere Generation unter 30 Jahren. Mit 9,2 Millionen machte diese nur knapp ein Sechstel (14,8%) aller Wahlberechtigten aus. Damit zeigen sich bei der Altersstruktur der Wählerschaft deutlich die Folgen des demografischen Wandels. Bei der Bundestagswahl 1990 hatten die über 60-Jährigen nur 26,8% der Wahlberechtigten gestellt, die unter 30-Jährigen noch 23,0%.

Bei der Bundestagswahl 2017 waren bei den Wahlberechtigten die Männer bis zu 59 Jahren absolut gesehen geringfügig in der Überzahl. Ab den 60-Jährigen kehrte sich dieses Verhältnis zugunsten der Frauen um. Besonders stark ausgeprägt war der Frauenüberhang in der Altersgruppe ab 70 Jahren. Hier waren 7,5 Millionen Frauen wahlberechtigt, jedoch nur knapp 5,4 Millionen Männer. [↘ Tabelle 2](#)

4.2 Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung lag bei der Bundestagswahl 2017 nach dem amtlichen Endergebnis bei 76,2% und damit 4,6 Prozentpunkte höher als bei der Bundestagswahl vier Jahre zuvor.

Wahlbeteiligung nach Geschlecht

Zwischen den Geschlechtern gab es nur geringe Unterschiede: Die Wahlbeteiligung betrug 76,0% bei den Frauen und 76,3% bei den Männern. Im Vergleich zu früheren Wahlen gleicht sich die Wahlbeteiligung der Frauen immer stärker der der Männer an. Dies bestätigt auch der direkte Vergleich zur Bundestagswahl 2013: Die Wahlbeteiligung der Frauen lag 2017 um 4,8 Prozentpunkte höher als 2013, die der Männer um +4,5 Prozentpunkte. [↘ Grafik 1](#)

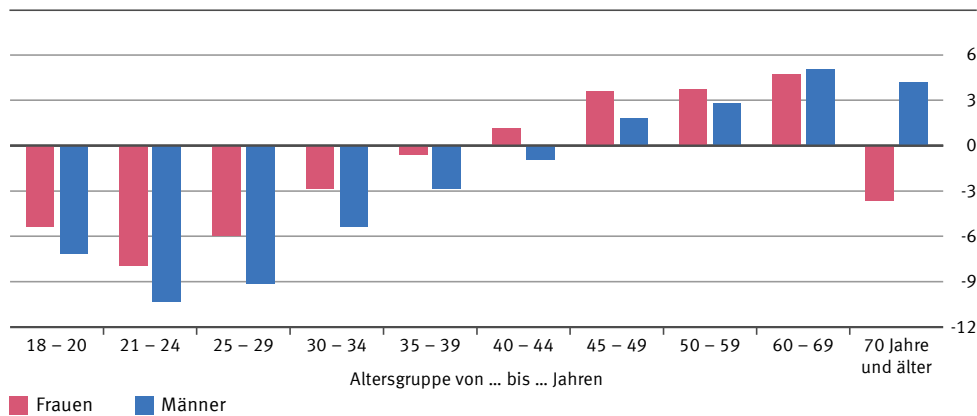
Wahlbeteiligung nach Altersgruppen

Alle Altersgruppen beteiligten sich stärker an dieser Bundestagswahl als an der vorherigen. Den größten Zuwachs wiesen die Wählerinnen und Wähler im Alter von 21 bis 24 Jahren mit 7,4 Prozentpunkten auf. Bei den 70-Jährigen und Älteren war mit +2,0 Prozentpunkten die geringste Veränderung zu verzeichnen.

Überdurchschnittlich hoch war die Wahlbeteiligung der 40- bis 69-Jährigen. Die Wahlberechtigten unter 30 Jah-

Grafik 1

Abweichungen von der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 in Prozentpunkten



Die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 betrug 76,2%.

2018 - 03 - 0462

Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017 nach Geschlecht und Alter

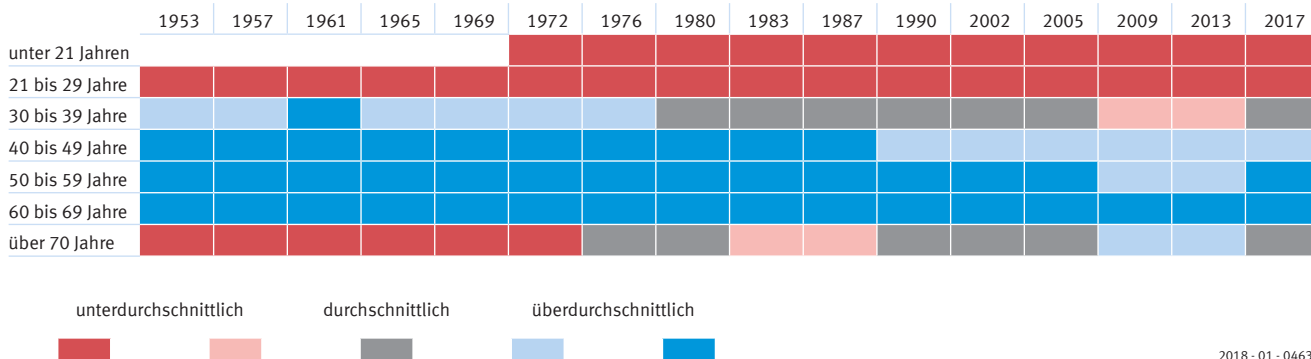
Tabelle 2

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017

	Wahlberechtigte			Wahlbeteiligung	
	2013	2017	Veränderung 2017 gegenüber 2013	2013	2017
	1 000		%		
Insgesamt	61 946,9	61 688,5	- 0,4	71,5	76,2
18 bis 20 Jahre	2 015,2	2 045,5	+ 1,5	63,7	69,9
21 bis 24 Jahre	3 365,0	2 903,0	- 13,7	59,6	67,0
25 bis 29 Jahre	4 406,2	4 206,0	- 4,5	61,6	68,6
30 bis 34 Jahre	4 289,6	4 302,3	+ 0,3	64,8	72,0
35 bis 39 Jahre	3 922,1	4 264,3	+ 8,7	68,1	74,4
40 bis 44 Jahre	4 777,0	3 953,5	- 17,2	71,8	76,3
45 bis 49 Jahre	6 319,9	5 230,9	- 17,2	74,0	78,8
50 bis 59 Jahre	11 521,1	12 396,3	+ 7,6	74,7	79,4
60 bis 69 Jahre	8 504,1	9 487,3	+ 11,6	78,7	81,0
70 Jahre und älter	12 826,8	12 899,4	+ 0,6	73,7	75,8
Früheres Bundesgebiet	50 313,4	50 314,1	+ 0,0	72,4	76,8
Neue Länder und Berlin-Ost	11 633,5	11 374,4	- 2,2	67,6	73,2
Frauen	32 088,0	31 875,7	- 0,7	71,2	76,0
18 bis 20 Jahre	984,0	999,1	+ 1,5	63,4	70,8
21 bis 24 Jahre	1 665,1	1 423,4	- 14,5	59,9	68,2
25 bis 29 Jahre	2 172,2	2 062,6	- 5,0	62,5	70,2
30 bis 34 Jahre	2 115,7	2 116,7	+ 0,0	65,8	73,3
35 bis 39 Jahre	1 937,5	2 116,4	+ 9,2	68,9	75,6
40 bis 44 Jahre	2 366,7	1 963,3	- 17,0	73,0	77,3
45 bis 49 Jahre	3 130,3	2 600,5	- 16,9	74,7	79,7
50 bis 59 Jahre	5 778,2	6 190,3	+ 7,1	74,9	79,9
60 bis 69 Jahre	4 395,9	4 885,2	+ 11,1	78,6	80,9
70 Jahre und älter	7 542,4	7 518,1	- 0,3	70,2	72,5
Früheres Bundesgebiet	26 097,5	26 026,6	- 0,3	72,0	76,6
Neue Länder und Berlin-Ost	5 990,5	5 849,1	- 2,4	67,8	73,2
Männer	29 858,9	29 812,8	- 0,2	71,9	76,3
18 bis 20 Jahre	1 031,1	1 046,4	+ 1,5	63,9	69,0
21 bis 24 Jahre	1 699,9	1 479,6	- 13,0	59,3	65,8
25 bis 29 Jahre	2 234,0	2 143,4	- 4,1	60,7	67,0
30 bis 34 Jahre	2 173,9	2 185,6	+ 0,5	63,9	70,8
35 bis 39 Jahre	1 984,5	2 148,0	+ 8,2	67,2	73,3
40 bis 44 Jahre	2 410,3	1 990,1	- 17,4	70,5	75,2
45 bis 49 Jahre	3 189,6	2 630,3	- 17,5	73,3	78,0
50 bis 59 Jahre	5 743,0	6 206,0	+ 8,1	74,4	79,0
60 bis 69 Jahre	4 108,2	4 602,1	+ 12,0	78,9	81,2
70 Jahre und älter	5 284,4	5 381,4	+ 1,8	78,8	80,3
Früheres Bundesgebiet	24 215,9	24 287,5	+ 0,3	72,9	77,0
Neue Länder und Berlin-Ost	5 643,0	5 525,3	- 2,1	67,3	73,3

Grafik 2

Wahlbeteiligung nach Altersgruppen bei Bundestagswahlen seit 1953
in %



2018 - 01 - 0463

ren gingen dagegen nur unterdurchschnittlich häufig wählen, darunter am seltensten die Gruppe der 21- bis 24-Jährigen mit einer Wahlbeteiligung von 67,0%. Ab dieser Altersgruppe bis zu den 60- bis 69-Jährigen, das ist die Altersgruppe mit der mit 81,0% höchsten Wahlbeteiligung, stieg die Wahlbeteiligung kontinuierlich an. Danach ging sie bei den 70-Jährigen und Älteren wieder auf durchschnittliche 75,8% zurück. Diese Entwicklung prägten die Frauen: Unter den gleichaltrigen Wahlberechtigten bildeten sie zwar die größte Gruppe, beteiligten sich aber mit 72,5% gegenüber 80,3% bei den Männern deutlich seltener an der Wahl.

Im zeitlichen Verlauf hat sich die Wahlbeteiligung in den einzelnen Altersgruppen weitgehend parallel entwickelt, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. Seit den 1980er-Jahren ist tendenziell zu erkennen, dass das Durchschnittsalter der Wählerinnen und Wähler langsam steigt. Dies trifft auch auf die Bundestagswahl 2017 zu. Grundsätzlich lässt sich sagen: Die 18- bis 39-Jährigen beteiligten sich unterdurchschnittlich, die 40- bis 69-Jährigen überdurchschnittlich an der Wahl. Berücksichtigt man zusätzlich die oben dargestellte demografische Entwicklung, wird deutlich, dass das politische Einflusspotenzial der älteren Wahlberechtigten weiter zunimmt. [↪ Grafik 2](#)

Wahlbeteiligung in den Ländern

Wie bereits aus dem amtlichen Ergebnis bekannt, lag die Wahlbeteiligung im früheren Bundesgebiet mit 76,8% etwas höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (73,2%).⁵ Anhand der repräsentativen Wahlstatistik ist zu erkennen, dass im früheren Bundesgebiet Männer geringfügig häufiger wählten als Frauen (77,0% gegenüber 76,6%), in den neuen Ländern und Berlin-Ost beteiligten sich Frauen und Männer nahezu gleichermaßen an der Wahl.

Die höchste Wahlbeteiligung hatten mit 83,5% die 60- bis 69-jährigen Männer in Rheinland-Pfalz. Am seltensten gingen mit 52,6% die 21- bis 24-jährigen Männer in Sachsen-Anhalt zur Bundestagswahl 2017. Der Abstand zwischen der höchsten und der niedrigsten Wahlbeteiligung betrug damit 30,9 Prozentpunkte.

Verhältnis Urnen- und Briefwahl

Bei der Bundestagswahl 2017 nutzten gut 13,4 Millionen Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit der Briefwahl. Das entspricht einer Quote von 28,6% an allen Wählerinnen und Wählern und stellt einen Höchststand seit Einführung der Briefwahl zur Bundestagswahl 1957 dar. Der Trend zur verstärkten Nutzung der Briefwahl hält

⁵ Die Wahlbezirke in Berlin lassen sich eindeutig dem früheren Berlin-West beziehungsweise Berlin-Ost zuordnen, daher beziehen sich die Angaben zum früheren Bundesgebiet auf die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin-West nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990, die Angaben zu den neuen Ländern und Berlin-Ost auf das Gebiet der ehemaligen DDR einschließlich Berlin-Ost.

demnach weiter an. Die anteilmäßig meisten Briefwählerinnen und Briefwähler gab es in Bayern (37,3%), die wenigsten in Sachsen-Anhalt (17,9%). [↘ Tabelle 3](#)

Tabelle 3

Briefwählerinnen und Briefwähler bei der Bundestagswahl 2017

	Insgesamt	Frauen	Männer
	%		
Insgesamt	28,6	30,1	27,0
18 bis 20 Jahre	22,4	24,6	20,2
21 bis 24 Jahre	29,8	33,2	26,4
25 bis 29 Jahre	29,6	31,4	27,7
30 bis 34 Jahre	26,0	26,9	25,1
35 bis 39 Jahre	23,3	23,8	22,7
40 bis 44 Jahre	21,5	21,7	21,3
45 bis 49 Jahre	23,1	24,2	22,0
50 bis 59 Jahre	27,2	29,0	25,5
60 bis 69 Jahre	31,4	32,6	30,2
70 Jahre und älter	35,1	36,5	33,4

Frauen machten häufiger von der Briefwahl Gebrauch als Männer (30,1 gegenüber 27,0%). Nach dem Alter betrachtet wählte mehr als jede dritte Person (35,1%) aus der Gruppe der 70-Jährigen und Älteren per Brief. Die wenigsten Briefwählerinnen und Briefwähler gab es unter den 40- bis 44-Jährigen, hier war es gut jede beziehungsweise jeder Fünfte (21,5%).

4.3 Stimmabgabe

Verglichen mit der vorherigen Bundestagswahl sind die AfD und FDP die größten Gewinner: Sie gewannen 7,9 beziehungsweise 6,0 Prozentpunkte bei den Zweitstimmen hinzu. Auch DIE LINKE (+0,6 Prozentpunkte) und die GRÜNEN (+0,5 Prozentpunkte) konnten leicht zulegen. Verluste mussten hingegen die CDU (-7,4 Prozentpunkte), die SPD (-5,2 Prozentpunkte) und die CSU (-1,2 Prozentpunkte) hinnehmen. Der Anteil ungültiger Zweitstimmen sank leicht auf 1,0%.

Auch in den folgenden Abschnitten werden nur die abgegebenen Zweitstimmen näher betrachtet.

Stimmabgabe nach Geschlecht

Die CDU erzielte bei den Frauen mit 29,8% einen um 6,3 Prozentpunkte höheren Stimmenanteil als bei den

Männern (23,5%). Damit ist sie seit den 1950er-Jahren fast durchgehend eine von Frauen bevorzugt gewählte Partei. Ihr gutes Frauenergebnis von 2013 (36,7%) konnte die CDU aber bei Weitem nicht halten; bei den Männern, die CDU gewählt haben, fällt die Differenz gegenüber dem Ergebnis der Bundestagswahl 2013 mit -7,9 Prozentpunkten allerdings noch deutlicher aus.

Neben der CDU war auch bei den GRÜNEN der Stimmenanteil der Frauen mit 10,2% deutlich höher als bei den Männern (7,6%). Ihr Plus gegenüber der Bundestagswahl 2013 haben die GRÜNEN sowohl den Frauen (+0,7 Prozentpunkte) als auch den Männern (+0,3 Prozentpunkte) zu verdanken. Die GRÜNEN wurden erst seit den 1990er-Jahren vergleichsweise häufiger von Frauen gewählt, vorher wählten eher Männer die GRÜNEN.

Für die CSU gaben 6,6% der Frauen und 5,7% der Männer ihre Stimme ab. Ähnlich wie bei der CDU sorgten auch hier die Männer für das größere Defizit gegenüber 2013. Bei den Männern verlor die CSU 1,5 Prozentpunkte, bei den Frauen 1,0 Prozentpunkte.

Im Gegensatz dazu profitierte vor allem die AfD von männlichen Wählern: Ihr gaben 16,3% der Männer ihre Stimme gegenüber 9,2% der Frauen. Bei den Männern bedeutete dies eine Zunahme um 10,4 Prozentpunkte gegenüber der vorherigen Wahl, bei den Frauen belief sich das Plus auf 5,6 Prozentpunkte. Daneben fanden sowohl die FDP (Männer: 11,8%, Frauen: 9,7%) als auch DIE LINKE (Männer: 9,7%, Frauen: 8,8%) bei den Männern einen größeren Rückhalt.

Die SPD wurde von Frauen und Männern gleichermaßen (jeweils 20,5%) gewählt. Bei der Wahl im Jahr 2013 hatte sie noch bei den Männern stärkeren Rückhalt. Dementsprechend größer sind nun auch die Verluste der SPD bei den Männern: -6,0 Prozentpunkte gegenüber -4,5 Prozentpunkten bei den Frauen. [↘ Tabelle 4 auf Seite 150](#)

Tabelle 4

Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2017

	Insgesamt	Wähler/-innen in der Altersgruppe					
		18 bis 24 Jahre	25 bis 34 Jahre	35 bis 44 Jahre	45 bis 59 Jahre	60 bis 69 Jahre	70 Jahre und älter
%							
Insgesamt							
CDU	26,8	19,9	21,4	24,6	24,8	27,2	36,5
SPD	20,5	18,4	17,1	15,6	19,9	23,3	25,2
DIE LINKE	9,2	10,5	10,9	9,1	9,3	10,5	6,8
GRÜNE	8,9	14,6	11,1	11,0	10,5	6,8	3,8
CSU	6,2	5,1	5,4	5,9	5,6	6,1	8,1
FDP	10,7	13,2	11,4	11,4	10,3	10,3	10,1
AfD	12,6	8,0	12,8	15,4	15,1	13,2	8,3
Sonstige	5,0	10,4	9,8	7,0	4,6	2,6	1,4
Frauen							
CDU	29,8	22,0	24,2	27,4	27,2	30,5	39,8
SPD	20,5	18,6	17,7	16,4	19,7	22,6	24,4
DIE LINKE	8,8	10,4	10,4	8,8	9,2	9,9	6,1
GRÜNE	10,2	17,8	13,3	12,7	12,1	7,6	4,2
CSU	6,6	5,5	5,8	6,3	5,9	6,6	8,6
FDP	9,7	9,7	9,3	10,2	9,7	10,0	9,5
AfD	9,2	6,0	9,6	11,2	11,1	9,9	5,9
Sonstige	5,1	10,0	9,6	7,0	5,1	2,9	1,5
Männer							
CDU	23,5	17,9	18,6	21,7	22,4	23,6	32,2
SPD	20,5	18,2	16,4	14,9	20,0	24,1	26,2
DIE LINKE	9,7	10,5	11,5	9,4	9,3	11,2	7,7
GRÜNE	7,6	11,4	8,8	9,2	8,8	6,0	3,3
CSU	5,7	4,7	4,9	5,4	5,3	5,6	7,5
FDP	11,8	16,7	13,5	12,6	10,9	10,6	10,7
AfD	16,3	10,0	16,1	19,7	19,2	16,7	11,3
Sonstige	4,9	10,7	10,0	7,1	4,0	2,2	1,1

Stimmabgabe nach Altersgruppen

Die CDU war durchweg in allen Altersgruppen die stärkste Partei. Verhältnismäßig knapp war ihr Vorsprung vor der SPD nur bei den jüngsten Wählerinnen und Wählern zwischen 18 und 24 Jahren. Hier erreichte sie mit 19,9% ihr schlechtestes Ergebnis. In allen weiteren Altersgruppen bis 69 Jahre schwankte der Stimmenanteil der CDU zwischen 21,4 und 27,2%. Bei den Wählerinnen und Wählern ab 70 Jahren stieg er sprunghaft auf 36,5 % an.

Die CSU schnitt wie ihre Schwesterpartei besonders gut bei älteren Wählerinnen und Wählern ab. So erreichte sie bei den ab 70-jährigen mit ihrem in Bayern erzielten Ergebnis auf Deutschland bezogen 8,1 %.

Beide Parteien haben gegenüber der Bundestagswahl 2013 in allen Altersgruppen Verluste hinnehmen müssen, besonders bei den Altersgruppen zwischen 25 und 34 Jahren sowie zwischen 35 und 44 Jahren. Hier verlor die CDU 8,2 beziehungsweise 8,4 Prozentpunkte, die CSU 1,5 beziehungsweise 1,6 Prozentpunkte.

Die SPD erzielte bei der Bundestagswahl 2017 mit 25,2% ihren höchsten Stimmenanteil ebenfalls bei den Wählerinnen und Wählern ab 70 Jahren. Bei den 35- bis 44-jährigen hatte sie mit 15,6% den geringsten Erfolg. Auch die SPD verlor im Vergleich zur Wahl 2013 in allen Altersklassen, am meisten mit 6,4 Prozentpunkten bei den 45- bis 59-jährigen.

Die AfD konnte in den Altersgruppen der 25- bis 69-jährigen ein relativ konstantes Wähler-

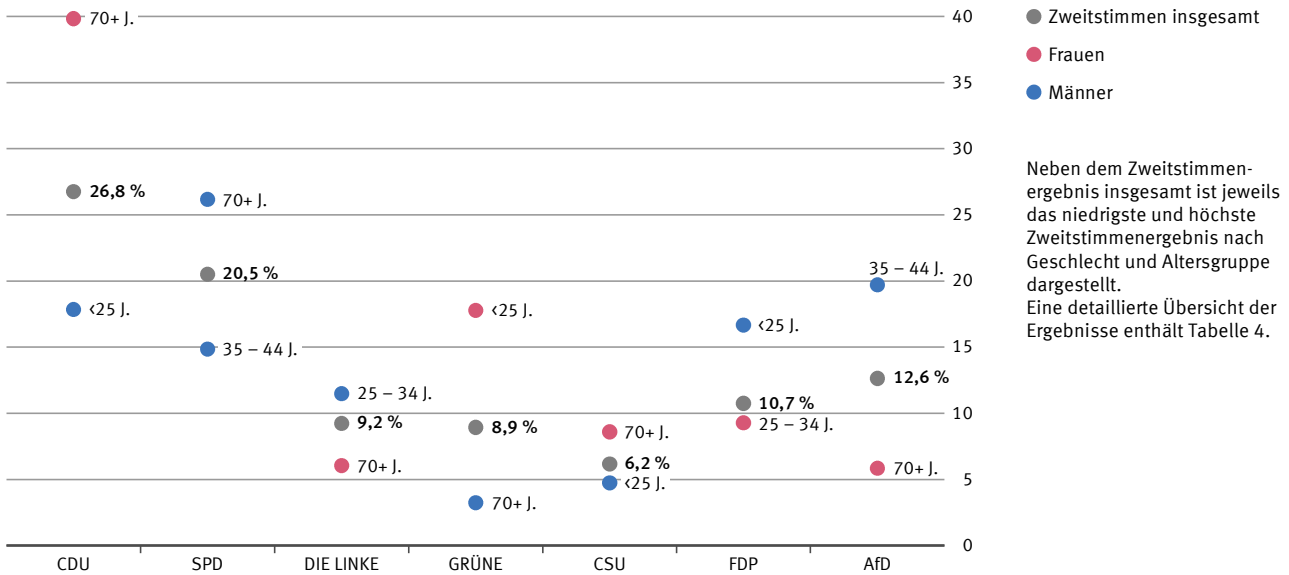
potenzial von 12,8 bis 15,4% für sich erschließen. Deutlich weniger erfolgreich war sie sowohl bei der jüngsten Generation (8,0%) als auch bei den ältesten Wählerinnen und Wählern (8,3%). Die AfD konnte in allen Altersgruppen Stimmenanteile hinzugewinnen, am stärksten in den Altersgruppen der 35- bis 44-jährigen sowie der 45- bis 59-jährigen. [↗ Grafik 3](#)

Die FDP zeigte in den einzelnen Altersgruppen das stabilste Wählerverhalten. Den höchsten Stimmenanteil erreichte sie mit 13,2% in der jüngsten Altersgruppe, den niedrigsten mit 10,1% bei den ab 70-jährigen. Auch sie verzeichnete gegenüber 2013 in allen Altersgruppen einen Stimmenzuwachs, am deutlichsten bei den 18- bis 24-jährigen Wählerinnen und Wählern.

Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017 nach Geschlecht und Alter

Grafik 3

Abgabe der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2017 in %



Neben dem Zweitstimmen-ergebnis insgesamt ist jeweils das niedrigste und höchste Zweitstimmenergebnis nach Geschlecht und Altersgruppe dargestellt. Eine detaillierte Übersicht der Ergebnisse enthält Tabelle 4.

2018 - 03 - 0464

DIE LINKE erzielte ihren höchsten Stimmenanteil bei den 25- bis 34-Jährigen mit 10,9%. Auch bei ihr wiesen die Stimmenanteile zwischen den einzelnen Altersgruppen nur relativ geringe Schwankungen auf.

Die GRÜNEN erreichten bei der Bundestagswahl 2017 in allen Altersgruppen bis 59 Jahre zweistellige Stimmenanteile. Am erfolgreichsten waren sie mit 14,6% bei den Jung- und Erstwählerinnen und -wählern unter 25 Jahren. Bei den über 60-Jährigen erreichten sie hingegen deutlich schlechtere Ergebnisse, bei den Wählerinnen und Wählern ab 70 Jahren sogar nur 3,8%.

Beide Parteien haben – mit jeweils einer Ausnahme – in allen Altersgruppen Stimmenanteile gegenüber der Wahl 2013 hinzugewonnen, besonders in der jüngsten Altersgruppe unter 25 Jahren.

Stimmabgabe nach West/Ost

Das endgültige Wahlergebnis zeigt, dass sich das Stimmverhalten in West und Ost am deutlichsten bei der AfD unterscheidet. Sie ging 2017 in den neuen Ländern und Berlin-Ost als zweitstärkste Partei aus der Wahl hervor. Der Stimmenanteil der AfD war im Osten sowohl bei Frauen als auch bei Männern jeweils doppelt so hoch wie im Westen; bei den Männern im Osten war die AfD

mit 27,6% die stärkste Partei vor der CDU (23,3%). Unter allen Altersgruppen erzielte die AfD im Osten bei den 45- bis 59-Jährigen mit 26,4% ihr bestes Ergebnis, im Westen bei den 35- bis 44-Jährigen mit 13,1%. Den geringsten Rückhalt fand sie im früheren Bundesgebiet in der Altersgruppe ab 70 Jahren mit 6,9%. [↪ Tabelle 5](#)

Tabelle 5

Zweitstimmen im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern bei der Bundestagswahl 2017

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
	%			
CDU	29,4	23,5	31,7	23,3
SPD	21,8	22,0	14,0	13,7
DIE LINKE	6,8	8,0	18,1	17,5
GRÜNE	11,2	8,3	5,7	4,2
CSU	8,1	6,9	–	–
FDP	10,3	12,7	7,2	7,7
AfD	7,6	13,9	16,5	27,6
Sonstige	4,8	4,7	6,8	5,9

Die Partei DIE LINKE hatte in den neuen Ländern und Berlin-Ost ebenfalls einen stärkeren Rückhalt. In den beiden Altersgruppen ab 60 Jahren konnte sie dort mit jeweils über 21% ihre besten Ergebnisse erzielen.

Die CDU hat wie schon bei den beiden vorangegangenen Wahlen in den neuen Ländern und Berlin-Ost besser abgeschnitten als im früheren Bundesgebiet (27,6 gegenüber 26,6%). Die SPD hingegen war im Westen stärker, und zwar überdurchschnittlich in allen Altersgruppen. In den Altersgruppen ab 60 Jahren erreichte die SPD im Westen jeweils mehr als 25%. Im Osten dagegen lag sie stets unter 20%.

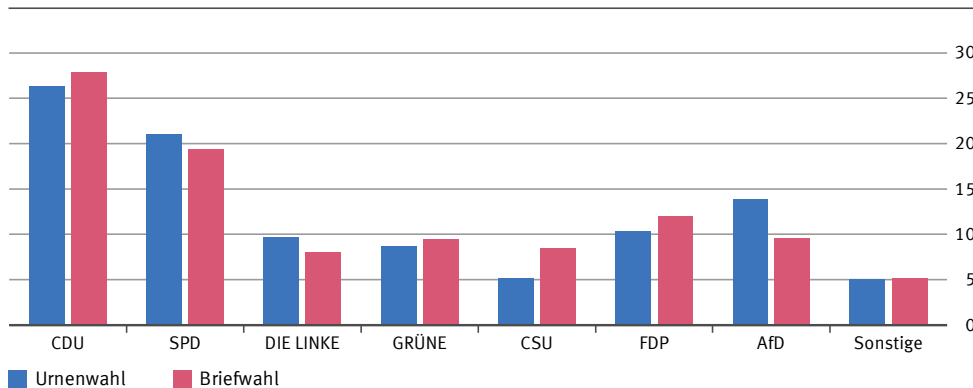
Die GRÜNEN schnitten in den neuen Bundesländern in allen Altersgruppen schlechter ab als im Westen. Der geringere Rückhalt bei den älteren Wählerinnen und Wählern zeigte sich jedoch in West und Ost gleichermaßen. In den neuen Bundesländern kamen sie bei den ältesten Wählerinnen und Wählern auf einen Stimmenanteil von 2,0%, im früheren Bundesgebiet erreichten sie in dieser Altersgruppe 4,2%.

Stimmabgabe nach Urnen-/Briefwahl

Die Parteien SPD, DIE LINKE und AfD erzielten in den Urnenwahlbezirken ein höheres Ergebnis als in den Briefwahlbezirken. Besonders die AfD schnitt bei den Urnenwählerinnen und -wählern um 4,3 Prozentpunkte besser ab als bei den Briefwählerinnen und Briefwählern. Bei der SPD und DIE LINKE betrug die Differenz 1,5 beziehungsweise 1,7 Prozentpunkte zugunsten der Urnenwahl. Dagegen lag das Zweitstimmenergebnis der Briefwahl bei den anderen Parteien zum Teil deutlich über dem Urnenwahlergebnis: bei der CDU um 3,2 Prozentpunkte, bei der CDU und der FDP jeweils um 1,7 Prozentpunkte sowie bei den GRÜNEN um 0,8 Prozentpunkte. [↗ Grafik 4](#)

Grafik 4

Zweitstimmen nach Urnen- und Briefwahl bei der Bundestagswahl 2017 in %



2018 - 03 - 0465

Nach Geschlecht sind die Unterschiede bei der AfD noch stärker ausgeprägt: Während Urnenwählerinnen mit 10,1% für die AfD stimmten, wählten Briefwählerinnen die Partei mit 7,1%. Bei den Männern lagen die Ergebnisse bei 17,7 gegenüber 12,6%. Bei den übrigen Parteien bestehen in den Ergebnissen der Urnen- und Briefwahl zwischen Frauen und Männern keine nennenswerten Unterschiede.

Wählerschaft

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik erlauben nicht nur die Aussage, wie einzelne Bevölkerungsgruppen nach Geschlecht und Alter gewählt haben, sondern auch, wie sich die sogenannte Wählerschaft einer Partei zusammensetzt. Dieser Perspektivenwechsel ermöglicht Vergleiche mit der soziodemografischen Struktur der Wahlberechtigten beziehungsweise der Wählerinnen und Wähler und verdeutlicht, „wen“ die Parteien zu ihren Gunsten mobilisieren konnten.

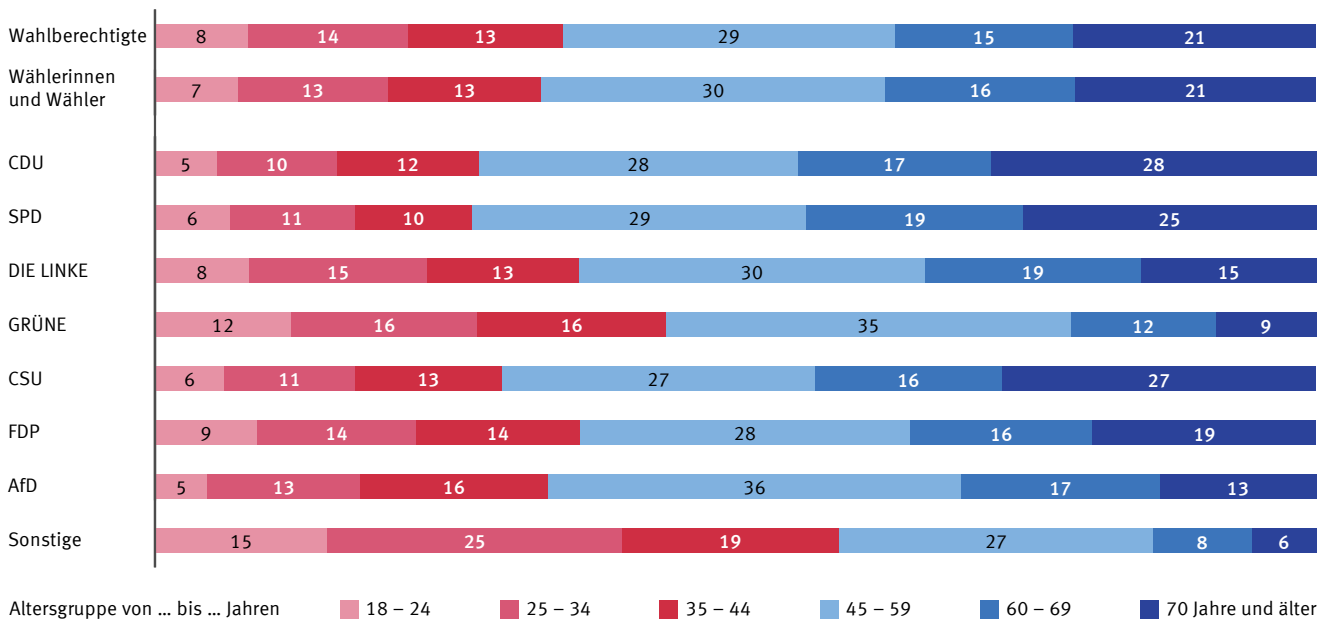
In der Wählerschaft der Unionsparteien dominierten die Wählerinnen: Von 100 Personen, die bei der Bundestagswahl 2017 die CDU gewählt haben, waren 57 Frauen, bei der CSU waren es 55 Frauen. Altersmäßig bestand die Wählerschaft der Unionsparteien mit weiter steigender Tendenz überproportional aus älteren Wählerinnen und Wählern ab 60 Jahren. Bei der CDU waren 44,6% der Wählerschaft 60 Jahre und älter, bei der CSU 43,2%.

Auch die Wählerschaft der SPD war 2017 überdurchschnittlich stark von älteren Wählerinnen und Wählern geprägt: 43,9% waren 60 Jahre und älter. Die altersmä-

Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017 nach Geschlecht und Alter

Grafik 5

Altersstruktur der Wahlberechtigten sowie der Wählerinnen und Wähler nach Parteien bei der Bundestagswahl 2017 in %



2016 - 03 - 0466

ßige Zusammensetzung der Wählerschaft der SPD hat sich damit weiter derjenigen der CDU angenähert. Zwischen den Geschlechtern war die Wählerschaft der SPD nahezu gleich aufgeteilt. [↗ Grafik 5](#)

Die Wählerstruktur der DIE LINKE und der FDP bestand ebenso fast gleichermaßen aus Frauen und Männern und entsprach noch am ehesten der Altersstruktur aller Wahlberechtigten. Bei der Partei DIE LINKE waren die 45- bis 69-Jährigen im Vergleich zum Anteil der entsprechenden Altersgruppe an allen Wahlberechtigten überproportional stark vertreten. Die Wählerschaft ab 70 Jahren ist in dieser Partei demgegenüber leicht unterrepräsentiert.

Für die GRÜNEN kamen 59,0% der Zweitstimmen von Frauen. Unter allen ihren Wählerinnen und Wählern waren 44,1% jünger als 45 Jahre. Damit ist die Wählerschaft der GRÜNEN vergleichsweise jung. Auch die Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen war gemessen am Anteil dieser Altersgruppe an allen Wahlberechtigten deutlich überproportional stark vertreten. Dagegen sind die Wählerinnen und Wähler der Altersgruppen ab 60 Jahren bei den GRÜNEN erheblich unterrepräsentiert.

Die Zusammensetzung der Wählerinnen und Wähler der AfD war so unterschiedlich wie bei sonst keiner anderen Partei. Von 100 Wählerinnen und Wählern waren 63 Männer. Insgesamt war über die Hälfte der Wählerschaft der AfD zwischen 45 und 69 Jahre alt, die jüngste und älteste Altersgruppe waren jeweils gemessen an allen Wahlberechtigten demgegenüber unterdurchschnittlich vertreten. In der Kombination von Geschlecht und Altersgruppe waren vor allem die 45- bis 59-jährigen Männer stark vertreten: Sie allein machten 22,5% aller AfD-Wählerinnen und -Wähler aus.

Gegenüber der letzten Bundestagswahl 2013 hat sich insbesondere die Wählerschaft der LINKEN, GRÜNEN und der FDP verjüngt, während die der CDU, CSU und SPD weiter gealtert ist.

Stimmensplitting

Stimmensplitting liegt vor, wenn die Wahlentscheidung zwischen Erst- und Zweitstimme differiert. Betrachtet man die Stimmabgabe in der Kombination der Erst- und Zweitstimmen, wird deutlich, welche Wählergruppen in welchem Umfang vom Splitting Gebrauch gemacht haben.

Bis zur Bundestagswahl 1976 hatten die Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen nur relativ selten gesplittet. Seitdem machten sie kontinuierlich immer häufiger davon Gebrauch. Zwar gab die überwiegende Mehrheit auch bei der Bundestagswahl 2017 beide Stimmen für dieselbe Partei ab, mit 27,3% hat das Stimmensplitting aber den höchsten jemals beobachteten Stand erreicht.

↳ Grafik 6

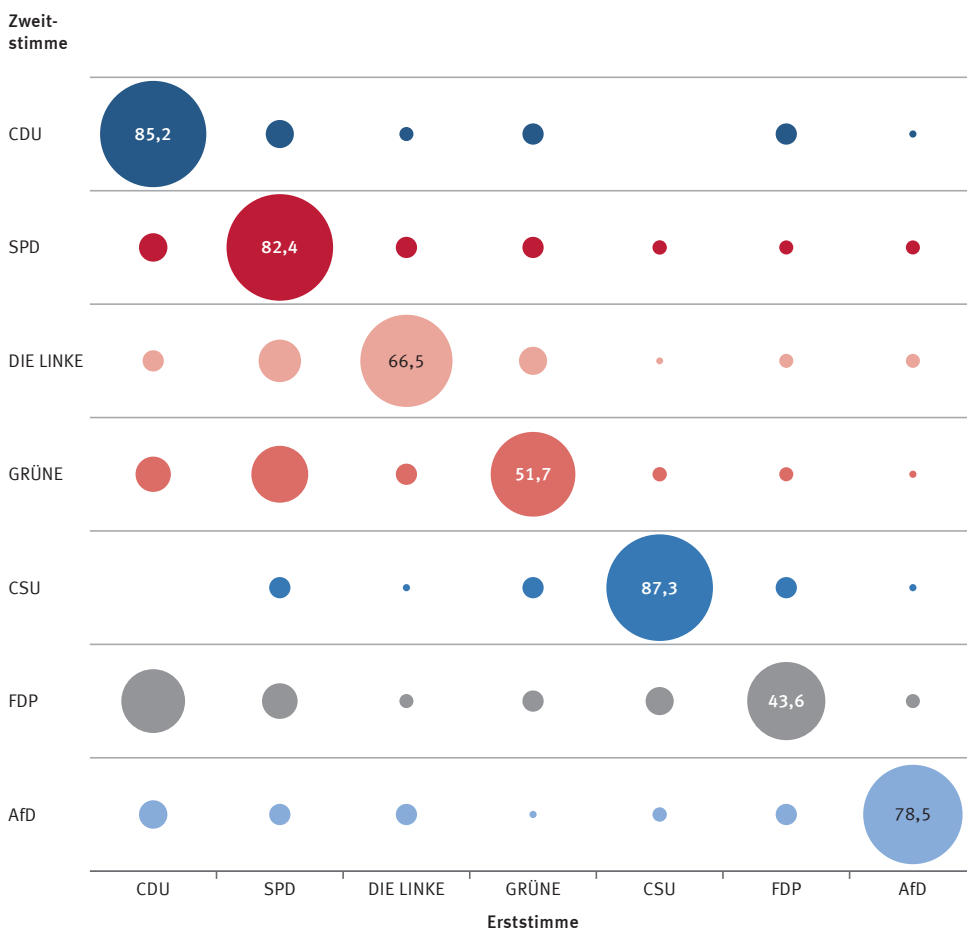
Der Anteil des Stimmensplittings unterscheidet sich bei den Wählerinnen und Wählern der einzelnen Parteien sehr stark. Wie auch bei der Bundestagswahl 2013 haben die Zweitstimmenwählerinnen und -wähler der CDU und SPD sowie der CSU vergleichsweise selten das Stimmensplitting genutzt. Am geringsten ausgeprägt

war es bei den Zweitstimmenwählerinnen und -wählern der CSU, die zu 87,3% auch mit der Erststimme die CSU wählten.

Sehr viel stärker nutzen traditionell die Wählerinnen und Wähler der FDP und der GRÜNEN das Stimmensplitting. Die Wählerinnen und Wähler einer „kleineren“ Partei gehen häufig davon aus, dass die Direktkandidatin beziehungsweise der Direktkandidat ihrer Partei keine Mehrheitschance hat. Sie entscheiden sich daher bewusst für die Direktkandidatinnen und -kandidaten einer „großen“ Partei. Besonders häufig splitteten die Wählerinnen und Wähler der FDP: 56,4% wählten mit der Erststimme eine andere Partei, dabei vornehmlich CDU (33,8%) oder SPD (8,4%). Bei den GRÜNEN gaben

Grafik 6

Erststimmenverteilung ausgewählter Parteien bei gegebener Zweitstimme bei der Bundestagswahl 2017 in %



2018 - 03 - 0467

die Zweitstimmenwählerinnen und -wähler nach den Kandidatinnen und Kandidaten der eigenen Partei mit 26,1 % am zweithäufigsten ihre Erststimmen den Direktkandidatinnen und -kandidaten der SPD.

Bei den Wählerinnen und Wählern der Linkspartei war eine geringe Zunahme des Stimmensplittings gegenüber der Bundestagswahl im Jahr 2013 festzustellen. Personen, die mit ihrer Zweitstimme für DIE LINKE votierten, gaben zu 15,8% ihre Erststimme Kandidatinnen und Kandidaten der SPD und zu 6,7% Kandidatinnen und Kandidaten der GRÜNEN.

Exkurs: Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen

Die amtlichen Endergebnisse ermöglichen Aussagen zu den Wahlergebnissen in den derzeit 401 Landkreisen und kreisfreien Städten in der Bundesrepublik Deutschland.¹⁶ [↪ Tabelle 6](#)

Tabelle 6

Zweitstimmen in den kreisfreien Städten und Landkreisen bei der Bundestagswahl 2017

	Kreisfreie Städte	Landkreise
	%	
Wahlberechtigte	30,3	69,7
Wahlbeteiligung	74,8	76,7
CDU	22,9	28,4
SPD	21,1	20,2
DIE LINKE	12,3	7,9
GRÜNE	11,5	7,9
CSU	4,4	6,9
FDP	11,0	10,7
AfD	11,4	13,2
Sonstige	5,4	4,8

Gut 30% der Wahlberechtigten der Bundestagswahl 2017 lebten in kreisfreien Städten, die übrigen in Landkreisen. In den städtischen Regionen fiel die Wahlbeteiligung mit 74,8% etwas geringer aus als in den ländlichen (76,7%).

⁶ Diese und weitere Auswertungen sind mit der Wahlbezirksstatistik möglich, die die Wahlergebnisse aller Wahlbezirke enthält. Diese stehen erstmals kostenfrei zum Download auf der Internetseite www.bundeswahlleiter.de zur Verfügung.

Die CDU und CSU wurden in den Landkreisen deutlich häufiger gewählt als in den kreisfreien Städten (um 5,6 beziehungsweise 2,5 Prozentpunkte mehr). In einem geringeren Umfang traf dies auch auf die AfD zu (+1,7 Prozentpunkte).

In den kreisfreien Städten wurde demgegenüber häufiger als in den Landkreisen DIE LINKE (+4,4 Prozentpunkte), die GRÜNEN (+3,6 Prozentpunkte) und die SPD (+0,9 Prozentpunkte) gewählt. Nur die FDP wurde nahezu gleichermaßen in beiden Regionstypen gewählt.

4.4 Ungültige Zweitstimmen

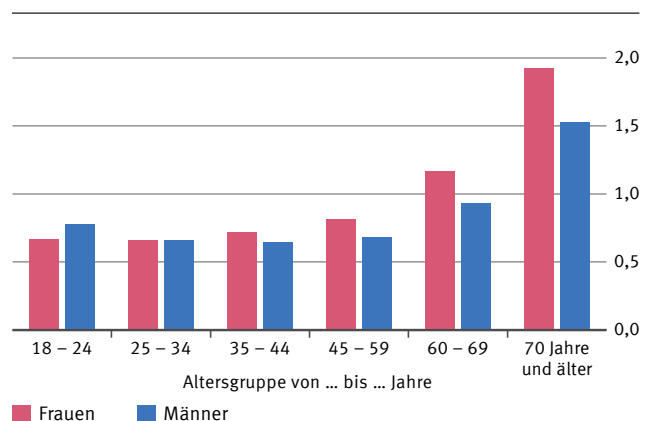
Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen betrug 1,0% bei der Bundestagswahl 2017 und lag damit – wie bei den Bundestagswahlen zuvor – auf einem niedrigen Niveau.

Frauen gaben leicht häufiger ungültige Zweitstimmen ab als Männer (1,1 gegenüber 0,9%). Deutlicher sind die Unterschiede in der Betrachtung nach Altersgruppen: Bei den Wählerinnen und Wählern bis 69 Jahre stieg der Anteil ungültiger Zweitstimmen kontinuierlich auf 1,0% an und setzte sich bei den ab 70-Jährigen mit 1,7% deutlich ab. Aus Sicht der Wählerschaft ergibt sich folgendes Bild: Von allen ungültigen Zweitstimmen stammten lediglich 5,3% von Wählerinnen und Wählern unter 25 Jahren, demgegenüber betrafen 36,9% der ungültigen Zweitstimmen die Altersgruppe 70 Jahre und älter.

[↪ Grafik 7](#)

Grafik 7

Ungültige Stimmen bei der Bundestagswahl 2017 in %




2018 - 01 - 0468

Auch die Gründe für die Ungültigkeit von Stimmen lassen sich mit der repräsentativen Wahlstatistik feststellen. Bei der Bundestagswahl 2017 war der weit überwiegende Anteil mit 63,3% aller ungültigen Zweitstimmen ausschließlich darauf zurückzuführen, dass keine Kennzeichnung erfolgte oder die Seite des Stimmzettels durchgestrichen wurde. Dies deutet auf eine bewusste Entscheidung für eine ungültige Stimmabgabe hin. Die mit 29,2% zweithäufigste Ursache, die zu einer ungültigen Stimmabgabe führte, waren mehrere Kreuze auf dem Stimmzettel.

5

Schlusswort

Die repräsentative Wahlstatistik ist wesentliche Grundlage für die empirische Wahlforschung, zum Beispiel für Hochrechnungen, und liefert Ansatzpunkte für weitere Untersuchungen. Somit stellt sie einen objektiven Bezugsrahmen bereit, um Wahlforschungsergebnisse einzuordnen, ermöglicht aber von ihrer Anlage her keine Analyse von Wahlmotiven.

Die vollständigen Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2017 enthält die Publikation „Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Frauen und Männer nach Altersgruppen“ des Bundeswahlleiters, die im Januar 2018 erschienen ist (www.bundeswahlleiter.de). 

Herausgeber

Statistisches Bundesamt (Destatis), Wiesbaden

Schriftleitung

Dr. Sabine Bechtold

Redaktionsleitung: Juliane Gude

Redaktion: Ellen Römer

Ihr Kontakt zu uns

www.destatis.de/kontakt

Erscheinungsfolge

zweimonatlich, erschienen im Juni 2018

Das Archiv aller Ausgaben ab Januar 2001 finden Sie unter www.destatis.de/publikationen

Print

Einzelpreis: EUR 18,- (zzgl. Versand)

Jahresbezugspreis: EUR 108,- (zzgl. Versand)

Bestellnummer: 1010200-18003-1

ISSN 0043-6143

ISBN 978-3-8246-1070-9

Download (PDF)

Artikelnummer: 1010200-18003-4, ISSN 1619-2907

Vertriebspartner

IBRo Versandservice GmbH

Bereich Statistisches Bundesamt

Kastanienweg 1

D-18184 Roggentin

Telefon: +49 (0) 382 04 / 6 65 43

Telefax: +49 (0) 382 04 / 6 69 19

destatis@ibro.de

Papier: Metapaper Smooth, FSC-zertifiziert, klimaneutral, zu 61% aus regenerativen Energien

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2018

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.